

Fragebogen:

Wie bewerten Sie derzeit die Wohnraumsituation in Leverkusen, insbesondere mit Fokus auf die Mieterschaft?

Der Wohnungsmarkt in Leverkusen ist sehr angespannt. Es fehlen gute und bezahlbare Wohnungen, besonders für Singles und Haushalte mit 4 und mehr Personen. Es gibt auf dem Wohnungsmarkt zu wenige bezahlbare, altersgerechte oder/und barrierefreie Wohnungen für Menschen mit Einschränkungen.

Des Weiteren fehlen im Wohnraumangebot unserer Stadt Angebote, die alternatives Wohnen ermöglichen, wie z.B. autofreie Siedlungen, generationenübergreifende Modelle, Wohngemeinschaften, etc..

Wie wichtig ist für Sie die Schaffung zusätzlichen Wohnraumes und welche konkreten Maßnahmen möchten Sie in den nächsten Jahren hierzu umsetzen?

Wohnen ist Menschenrecht. Wohnen gehört zur Daseinsvorsorge, Die Aufgabe einer Kommune muss es sein, dass alle Menschen in guten und bezahlbaren Wohnungen leben können. Die Schaffung von bedarfsgerechtem Wohnraum hat daher für DIE LINKE eine hohe Priorität.

Wohnraum schaffen heißt jedoch nicht: bauen, bauen, bauen. Grund und Boden sind auch in Leverkusen endlich. Wir wollen vorrangig Baulücken schließen, mögliche Aufstockungen von Wohnhäusern oder auch Aufstockung von Gewerbebetrieben als auch die Umwandlung von lange leerstehende Gewerberäumen in Wohnungen ermöglichen,

Eine Bebauung in Kalt- und Frischluftschneisen wird es mit uns nicht geben, Parks und bewaldete Flächen sollen erhalten bleiben. Die Bevorzugung von Eigenheimen muss beendet werden und auf ausgewiesenen und angemessenen Flächen dem Geschossbau Vorrang gegeben werden.

In welchem Verhältnis sollten Wohneigentum und Mietwohnungen geschaffen werden?

Diese Frage ist nicht in Zahlen/Prozenten zu beantworten. In Deutschland gibt es den geringsten Anteil an Wohneigentum innerhalb der EU. Wohneigentum ist zu fördern. Es kommt auf die Art des Wohnungsbaus an. In Leverkusen hat man von alternativen Wohnkonzepten anscheinend noch wenig gehört. Die Wohnkonzepte sollten sich an den Bedürfnissen orientieren, statt in die Hände von Investoren gegeben zu werden. Langweilige, einheitliche Entwürfe auf der grünen Wiese am Stadtrand, um möglichst hohe Profite generieren zu können, lehnen wir ab. Wir wollen Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen fördern, so dass sie sich auch Wohneigentum leisten können. Spezielle Wohnprojekte sind zu fördern, wie Wohngemeinschaften, generationenübergreifende Bauprojekte. DIE LINKE setzt sich

für die Förderung genossenschaftlicher Bauprojekte ein. Dadurch wurde z.B. in der neuen Bahnstadt ein Projekt umgesetzt, dass es auch Familien mit Wohnungsberechtigungschein ermöglichte, Genossenschaftsanteile zu erwerben und dadurch bei günstigen monatlichen Kosten quasi Eigentum zu erwerben.

In welchem Verhältnis sollten öffentlich geförderte Mietwohnungen und frei finanzierte Mietwohnungen geschaffen werden?

Unser Vorbild ist die Stadt Wien. Nicht nur weil sie regelmäßig unter die lebenswertesten Städte der Welt gewählt wird; nicht nur weil dort der Sitz des größten Immobilienverwalters Europas sitzt, der zu 100 % der Stadt gehört, nicht nur weil 62 % der Wiener*innen in einer geförderten oder kommunalen Wohnung leben, sondern auch weil die Stadt durch ihre Wohnungspolitik einen entspannten Wohnungsmarkt geschaffen hat.

Die Anzahl der preisgebundenen Wohnungen in Leverkusen sinkt seit Jahren kontinuierlich. Wie bewerten Sie dies und welche Maßnahmen sollen hierzu ergriffen werden?

Das ist das Ergebnis einer gescheiterten sozialen Wohnraumversorgung. Sie ist in hohem Maße ineffizient und nicht nachhaltig organisiert. Deshalb muss sie auch grundlegend reformiert werden. Vor allem müssen Sozial- und Belegungsbindungen dauerhaft gelten.

Nach Ratsbeschluss vom 15.07.13 sollten bis 2030 zusätzlich 1.000 neue Mietwohnungen mit Förderung gebaut werden. Diese Vorgabe muss der gesellschaftlichen Entwicklung angepasst und umgesetzt werden. Soweit es rechtlich möglich ist, wollen wir auf mittelbar oder unmittelbar städtischen Grund zu 100 % bezahlbaren Wohnraum im geförderten und preisgedämpften Segment schaffen. Die Erteilung von Baugenehmigungen größerer Wohnprojekten privater Investoren soll mit der Verpflichtung verknüpft werden, dass 40 % Sozialwohnungen eingeplant werden.

Welchen Stellenwert hat die WGL aus Ihrer Sicht und welche wohnungspolitischen Maßnahmen möchten Sie mit der städtischen Wohnungsgesellschaft verwirklichen?

Kommunale Wohnungsgesellschaften haben für DIE LINKE einen hohen Stellenwert. Die WGL muss in die Lage versetzt werden, Wohnungen zu errichten und anzukaufen. Die Ausschüttungen an die Stadt müssen beendet werden. Städtische Grundstücke sollten an die WGL übertragen werden, um dort die Möglichkeit einer kommunalen Bodenbevorratungspolitik betreiben zu können.

Wie sollte die Kommune auf die immer stärker steigenden Preise auf dem Wohnungsmarkt reagieren?

Sozialer Wohnungsbau kommt allen Mieter*innen zugute: Ein großes Angebot an sozialen und öffentlichen Wohnraum ist die effektivste Möglichkeit, um starke Mietsteigerungen und Höchstmieten zu begrenzen.

DIE LINKE fordert, die festgestellten Engpässe des Wohnungsmarktes für Empfänger*innen von Transferleistungen zu beheben. Dazu gehört eine regelmäßige Anhebung der Kosten der Unterkunft, entsprechend der Preisentwicklung.

Welche Kontrollen, Sanktionen und sonstige Maßnahmen könnten ihrer Meinung nach von städtischer Seite gegen Missbräuche auf dem Wohnungsmarkt erfolgen?

Verfolgung von missbräuchlichem Wohnungsleerstand muss durch eine Zweckentfremdungssatzung durchgesetzt werden, die z.B. eine Meldepflicht für Zweckentfremdung/Umnutzung vorsieht, Bußgelder bei Wohnungsleerstand verhängt, aber auch Beratung bei Vermietungshemmnissen gibt. Die Stadt kann bei Missständen, wesentlich besser als die Mieter, Druck auf die Immobiliengesellschaften ausüben.

Wie bewerten Sie die Abschaffung von Kappungsgrenzverordnung, Kündigungssperrfristverordnung und „Mietpreisbremse“ in Leverkusen seit dem 01.07.20

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat mit dieser Initiative deutlich gemacht, dass ihre Wirtschaftsinteressen vor dem Gemeinwohl gehen. Offensichtlich hat sie die Corona-Krise genutzt, um diese Verordnung ohne großen Widerstand verabschieden zu können. Die Abschaffung der genannten Verordnungen wurden zudem in eine Mogelpackung mit Namen „Mieterschutzverordnung“ gesteckt, mit Mieterschutz hat sie jedoch nichts zu tun. DIE LINKE. Leverkusen geht davon aus, dass sich aufgrund dieser Maßnahmen die jetzt schon angespannte Situation weiter verschärft.

Für welche wesentlichen Änderungen im Bereich Wohnungspolitik und Mieterrechte setzen Sie sich auf Bundes- und Landesebene ein?

Eine wesentliche Änderung ist die Einführung einer neuen Gemeinnützigkeit in der Wohnungswirtschaft. Dazu müssten Bund, Länder und Kommunen ihren Beitrag leisten und die Wohnungswirtschaft grundlegend umstrukturiert werden. Inhalt dieser Gemeinnützigkeit sind u.a.

- Gemeinnützige Wohnungsunternehmen oder als gemeinnützige Zweckbetriebe sollen von der Körperschafts-, der Gewerbesteuer und der Umsatzsteuer befreit werden;
- Mittel auf der Städtebauförderung, die zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, des Wohnumfeldes sowie der sozialen Gestaltung von

Wohnquartieren gerichtet, sollen hauptsächlich gemeinnützigen Trägern zur Verfügung gestellt werden.

- Die Bindung des Wohnungsbestandes an sozial-gemeinnützige Zwecke soll dauerhaft festgeschrieben werden

Das Land NRW möchte bis 2050 „klimaneutral“ werden. Welche Maßnahmen auf dem Leverkusener Wohnungsmarkt sind aus Ihrer Sicht dafür notwendig und sollen die dabei entstehenden Kosten verteilt werden?

2050 ist viel zu spät um klimaneutral zu werden! Wer sein Haus klimaneutral gestaltet oder energiesparend baut, hat langfristig nicht nur Vorteile in Bezug auf die Wohnqualität, sondern auch im wirtschaftlichen Bereich. Die Stadt muss sich vermehrt darauf einstellen auch privaten Interessenten beratend zur Seite zu stehen. Hier sind vorrangig die EVL und das Grünflächenamt gefordert. Um anfallende Kosten möglichst minimieren zu können ist eine Beratung dringend erforderlich, denn es gibt inzwischen schon viele Projekte, die staatlich gefördert werden.

Welche abschließende Stellungnahme oder Zusammenfassung möchten Sie im politischen Bereich „Mieten und Wohnen“ abgeben?

Das Ziel der LINKEN ist: Eine Stadt für alle, sozial und ökologisch!

Die Rückgewinnung von bundesweit Millionen ehemals gemeinnütziger, sozial- und belegungsgebundenen Wohnungen soll ein Standbein einer Neuen Gemeinnützigkeit werden. Dabei wird häufig die Frage gestellt, **wer soll das bezahlen?**

Die Wohnungswirtschaft ist eine der am stärksten subventionierten Branchen in Deutschland. Es ist auch eine Branche, die ihre Stimme regelmäßig gegen mietrechtliche Auflagen oder Dauerbindungen in Förderprogrammen oder Sozialquoten bei Neubauvorhaben erhebt. Durch indirekte Subventionierung, wie Wohngeld und Kosten der Unterkunft fließen jährlich mehr als 15 Milliarden Euro vom Staat an die Wohnungswirtschaft und belasten eben auch die kommunalen Haushalte.

DIE LINKE

Kreisverband Leverkusen